

Fristverlängerungen für den Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

Datum RR-Sitzung: 26. August 2015
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Geschäftsnummer: 2015.POM.257
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Polizei- und Militärdirektion

M 054-2012 Mühlheim (Bern, glp) vom 19.03.2012: Interventionskonferenzen bei Gewalt und Drohungen gegen Behörden

Behandlung im Grossen Rat: 6. September 2012
Beschluss Grosser Rat: Annahme als Postulat

- ☐ Fristverlängerung um zwei Jahre, bis Jahr
- ☐ Fristverlängerung um ein Jahr, bis Jahr
- ☒ Zweite Fristverlängerung um ein Jahr, bis 2016



Begründung und vorgesehene Realisierungsmassnahmen:

Ein Projekt im Bereich des Bedrohungsmanagements unter der Federführung der Direktionen JGK und POM befindet sich derzeit in der Vorprojektphase. Die Schaffung von Fallkonferenzen im Rahmen der revidierten Gesetzgebung über den Kindes- und Erwachsenenschutz wäre dem Anliegen der Motion gerecht geworden, dieser Teil wurde jedoch aus der Revisionsvorlage gestrichen. Zurzeit werden Alternativszenarien evaluiert.

M 098-2012 Grimm (Burgdorf, glp) vom 08.05.2012: Wirksames Vorgehen gegen Littering und Wildplakatierung

Behandlung im Grossen Rat: 24. Januar 2013
Beschluss Grosser Rat: Annahme als Postulat

- ☒ Fristverlängerung um zwei Jahre, bis 2017
- ☐ Fristverlängerung um ein Jahr, bis Jahr
- ☐ Zweite Fristverlängerung um ein Jahr, bis Jahr

Begründung und vorgesehene Realisierungsmassnahmen:

Das Vorgehen für die Erteilung von Ordnungsbussen beim Tatbestand Littering und / oder Wildplakatierung wird im Rahmen der Revision des Polizeigesetzes geprüft. Diese Totalrevision ist derzeit im Gange und wird voraussichtlich im Jahr 2017 im Grossen Rat behandelt.

M 174-2012 Linder (Bern, Grüne) vom 03.09.2012: Genügend Unterkünfte für Asylsuchende im Kanton Bern in Kooperation mit den Gemeinden zur Verfügung stellen.

Behandlung im Grossen Rat: 24. Januar 2013
Beschluss Grosser Rat: Annahme

- ☒ Fristverlängerung um zwei Jahre, bis 2017
- ☐ Fristverlängerung um ein Jahr, bis Jahr
- ☐ Zweite Fristverlängerung um ein Jahr, bis Jahr

Begründung und vorgesehene Realisierungsmassnahmen:

Mit der Umsetzung der Neustrukturierung des Asylwesens auf Bundesebene dürften die Fragen zu den Unterbringungskapazitäten neu beurteilt werden. Es ist längerfristig davon auszugehen, dass der Kanton seine Strukturen zurückfahren kann. Mit der andauernden, im Jahr 2015 ausserordentlich hohen Zuweisung von Asylsuchenden bestehen derzeit jedoch Engpässe. Der Regierungsrat und die für den Asylbereich zuständige POM sind daran, die Anliegen der Motion mit kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen umzusetzen.

M 194-2012 Kneubühler (Nidau, FDP) vom 06.09.2012: Mehr Wettbewerb um Betreuung Asylsuchender – für professionelle und qualitativ hochstehende Betreuungsdienstleistungen

Behandlung im Grossen Rat: 24. Januar 2013
Beschluss Grosser Rat: Annahme

- ☒ Fristverlängerung um zwei Jahre, bis 2017
- ☐ Fristverlängerung um ein Jahr, bis Jahr
- ☐ Zweite Fristverlängerung um ein Jahr, bis Jahr

Begründung und vorgesehene Realisierungsmassnahmen:

Die nach öffentlichem Beschaffungsrecht gestartete Ausschreibung betreffend Gewährung der Asylsozialhilfe wurde aufgrund der Neustrukturierung des Asylwesens auf Bundesebene gestoppt. Wenn die Neustrukturierung umgesetzt ist, erfolgt eine Neubeurteilung der Situation. Der zeitliche Aufwand ist heute noch unklar.

M 019-2013 Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP) vom 21.01.2013: Ursachen von Gewalt und nicht Symptome bekämpfen

Behandlung im Grossen Rat: 19. November 2013
Beschluss Grosser Rat: Annahme als Postulat

- ☒ Fristverlängerung um zwei Jahre, bis 2017
- ☐ Fristverlängerung um ein Jahr, bis Jahr
- ☐ Zweite Fristverlängerung um ein Jahr, bis Jahr

Begründung und vorgesehene Realisierungsmassnahmen:

Ein Projekt im Bereich des Bedrohungsmanagements unter der Federführung der Direktionen JGK und POM befindet sich derzeit in der Vorprojektphase. Die Schaffung einer Datenbank, deren Betreuung sowie die Regelungen zu Datenerfassung, -zugriff und -austausch wurden aus rechtlicher und praktischer Sicht bereits mehrfach geprüft, sollen jedoch im oben genannten Projekt nochmals aufgegriffen werden.

P 123-2013 Muntwyler (Bern, Grüne) vom 13.05.2013: Bekämpfung von Diebstählen aus Autos mit erheblichem Schadenspotential

Behandlung im Grossen Rat: 19. November 2013
Beschluss Grosser Rat: Annahme

- ☐ Fristverlängerung um zwei Jahre, bis Jahr
- ☐ Fristverlängerung um ein Jahr, bis Jahr
- ☐ Zweite Fristverlängerung um ein Jahr, bis Jahr

Begründung und vorgesehene Realisierungsmassnahmen:

Wurde im GR direkt angenommen und abgeschrieben (vgl. Wortlaut unter <http://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaefte.gid-a0c38bd7fac3491a8e4b406e66608e91.html>). Keine Verlängerung. Ist bereits abgeschrieben.